

# Flood Action Plan gerät zunehmend in die Kritik

von Pamela Metschar und Dieter Reinhardt

Noch 1992 war das bundesrepublikanische Engagement im Flood Action Plan bei den Parlamentariern in Bonn kein Thema. Inzwischen haben zahlreiche in- und ausländische Medien über die möglicherweise verheerenden Folgen des Megaprojektes berichtet (siehe auch 'Süd-asien', 4-5/92, 7/92, 3/93). Das 'Information, Alternatives and Opposition Network-International to monitor the Flood Action Plan' (IAO), Berlin, hat die Abgeordneten des Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AWZ) in einer Briefaktion auf das Thema aufmerksam gemacht.

(CDU), wollen sich vor Ort über den FAP informieren. Ihr Eindruck von dem Projekt wird für die weitere Debatte ausschlaggebend sein.

Drei Kritiker des Projektes aus Bangladesh, die auch auf der Ende Mai in Straßburg stattgefundenen 'Conference on the Flood Action Plan in Bangladesh' teilnahmen (siehe Konferenzbeiträge), hatten vor kurzem in Deutschland auf die Gefahren des Projektes aufmerksam gemacht. Der Ökonomeprofessor Shapan Adnan warnte vor sozialen und ökologischen Auswirkungen. Die Vorsitzende der Nichtregierungsorganisationen in Bangladesh, Khushi Kabir, forderte, das traditionelle Wissen der Bauern für den Umgang mit Überschwemmungen zu nutzen.

Dramatische Folgen hat der FAP für die Bewohner der Char-Inseln im Brahmaputra (durch Sedimente aufgeschüttete Inseln im Fluß, die bewohnt sind). Mujibul Huq Dulu, der Leiter eines Entwicklungsprojektes auf den Chars warnte vor der drohenden Vertreibung der Inselbewohner. Mit den geplanten Deichen am Brahmaputra würde das Wasser steigen und die Inseln überschwemmen. Zwei Millionen Menschen würden dadurch ihre Existenz verlieren.

Dabei bestätigen selbst die Studien, die die FAP-Geberländer in Auftrag gegeben haben, die schwerwiegenden Auswirkungen. Parallelen zum Narmada-Projekt fallen ins Auge. Die Weltbank hat bisher immer noch keine zuverlässigen Zahlen und Auskünfte zu den Umsiedlungen veröffentlicht. Die entsprechende Studie (FAP 15) befaßt sich nur mit einem Teil der Umsiedlungen ohne die Folgen für die Char-Bewohner zu berücksichtigen. Selbst die Weltbank hält eine Umsiedlung von zwei Millionen Menschen für unmöglich. Gleichzeitig will aber Frankreich als Hauptfinanzier des Projektes an der Eindeichung festhalten. Wer für die abzusehende Katastrophe auf den Chars die Verantwortung tragen wird, bleibt ungeklärt.

## "It's just a learning process"

Der finanzielle Anteil der Bundesrepublik beträgt in der ersten Phase des FAP von 1990-1995 über 60 Millionen DM. Das sind ca. ein Fünftel der Ge-

samtkosten. In Zusammenarbeit mit den Niederlanden bzw. Frankreich finanziert die Bundesregierung die Komponenten 20 und 21/22.

Die Komponente 20 ist ein Großpolder-Testprogramm, das für weitere nachfolgende Projekte Pilotcharakter haben soll. Für den FAP hat die Komponente 20 deshalb eine besondere "strategische" Bedeutung.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die im Auftrag des Bundesministeriums arbeitet, sieht sich selbst in einem "Lernprozess" von dem "kein Mensch weiß, was dabei herauskommt." Das wurde deutlich bei einem Treffen zwischen den Kritikern aus Bangladesh und einem Vertreter der KfW. Die 250.000 Bewohner im Gebiet des Großpolder-Testprogramms sind im Zweifelsfall die Opfer dieses "trial and error"-Spiels.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit beruft sich darauf, daß die Bundesrepublik und die Niederlande das Projekt je zur Hälfte finanzieren. Aus diesem Grund könne sich die Bundesregierung nur schwer aus dem Projekt zurückziehen. Dabei handelt es sich gerade bei den Niederlanden um ein sehr kritisches Geberland. Die niederländische Regierung hat ihre weitere Teilnahme am FAP von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht. (siehe dazu den Beitrag von Peter Custer). Diese werden jedoch innerhalb der FAP Struktur kaum einzulösen sein.

Die KfW versucht, die gesamte Problematik des FAP herunterzuspielen. Nach ihrer Darstellung werden bis 1995 nur "Studien" erstellt bzw. "Pilotprojekte" durchgeführt, deren Ergebnisse noch völlig offen seien.

Vier zentrale Projekte im FAP sind jedoch schon in ihrer Konstruktionsphase oder kurz davor, obwohl zahlreiche Daten noch nicht vorliegen. So fehlen beispielsweise die Ergebnisse der Studie, die Daten über die Auswirkungen auf die Fischerei liefern soll. Bei einigen der als Studien bezeichneten Projekte handelt es sich bereits um Vorarbeiten für konkrete Bauprojekte. Das vorrangige Ziel z.B. der Regionalstudien ist es festzulegen, wo neue Projekte entstehen sollen. Das BMZ wird sich auf eine schwierige Diskussion vorbereiten müssen.

Ausschußmitglieder aller Fraktionen zeigten sich besorgt über die Folgen des Projektes und forderten eine Stellungnahme des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ). Die Auskünfte konnten die Zweifel der Abgeordneten jedoch nicht ausräumen. Nach dem Narmada-Debakel fürchten nun einige Abgeordnete einen ähnlichen Fehlschlag.

Abgeordnete von Bündnis 90/Grüne richteten kürzlich eine kleine Anfrage zum FAP an die Regierung. Ihre Beantwortung wird hoffentlich dazu beitragen, die vielen offenen Fragen zu klären. Eine Delegation von Bonner Parlamentariern wird außerdem im August nach Bangladesh reisen. Drei Mitglieder des AWZs, Dieter Schanz (SPD), Ulrike Mehl (SPD) und Michael Wonneberger